



Befürworter der Bergbau-Wiederaufnahme in Giesen erwarten einen wirtschaftlichen Schub für die ganze Region. Solche Großprojekte seien aber immer schwerer umzusetzen, kritisiert „Kali und Salz“-Chef Norbert Steiner. Er spricht von „wachstumsfeindlichem Verhalten“ in Politik und Gesellschaft.

Empfang der IHK: „Kali und Salz“-Chef plädiert für geregelte Einwanderung und kritisiert Industriegegner

K+S-Chef beklagt „wachstumsfeindliches Verhalten“

(jan) Hildesheim/Giesen. Die „Kali und Salz AG“ (K+S) darf das Bergwerk Siegfried-Giesen wieder in Betrieb nehmen – davon geht der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Norbert Steiner, aus. Das hat er am Dienstag als Gastredner beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer (IHK) erklärt. Er rechne nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens „mit einem positiven Bescheid in den nächsten Monaten“.

Nach dem Dürfen stellte sich dann die Frage nach dem Wollen: K+S wird sich sehr genau überlegen, ob sich die Investition in die Wiederaufnahme des Kalibergbaus von mehreren hundert Millionen Euro rechnet. Aber nicht nur auf die interne Kosten-Nutzen-Rechnung komme es an, so Steiner, sondern auch auf die „politisch-gesellschaftlichen Aspekte“, wie er es formulierte und mit dem seiner Einschätzung nach weit verbreitetem „Status-quo-verliebten wachstumsfeindlichen Verhalten“ abrechnete, das Fortschritt verhindere: „Bei immer mehr Projekten, die den Standort zukunftsfähiger machen sollen – seien es Stromtrassen, Bahnhöfe, Straßen oder andere für die Industrie unverzichtbare Infrastruktur – ist Widerstand garantiert, und zwar weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus.“ Er wünsche sich wieder eine „industriefreundliche Grundeinstellung.“

Steiner lobte zwar ausdrücklich das Land Niedersachsen für die hier geltenden Bestimmungen für die Abbaugenehmigungen – in anderen Bundesländern habe es die Indus-



„Kali und Salz“-Chef Norbert Steiner bei seiner Rede auf dem Neujahrsempfang der IHK. Fotos: Fuhrhop

trie deutlich schwerer – doch sparte er im weiteren Verlauf nicht mit deutlicher Kritik an unzureichender Unterstützung durch die Politik („Wirtschaftspolitik mit angezogener Handbremse“) und Fundamentalopposition aus der Gesellschaft „im Namen der Naturräson“.

Rohstoffe könnten inzwischen nur noch selten erreicht und abgebaut werden, so Steiner, weil weite Teile Deutschlands unter Naturschutz stünden. Nach seinem Eindruck werde in den Debatten um einen möglichen Eingriff in Schutzgebiete gar nicht mehr abgewogen, ob er vertretbar sei – vielmehr stehe bereits von Anfang an fest, „wie die Entscheidung ausgeht: Nämlich zu Lasten der Rohstoffwirtschaft!“

Steiner bekräftigte, dass „die gesamte Industrie“ sehr intensiv daran arbeite, die Belastungen für Menschen und Natur so gering wie möglich zu halten, räumte aber auch ein, dass sie nie auf null sinken werden: „Ja, es stimmt: Industrie ist manchmal laut. Mitunter stinkt sie auch oder belastet die Umwelt.“

Gerade deswegen sei es Aufgabe der Industrie, noch besser zu vermitteln, wo die Vorteile für die Gesellschaft lägen – nämlich in der Sicherung von „Wohlfahrt und Behaglichkeit“. Der Konzernchef ging nicht konkret auf Bürgerproteste und Bedenken von Umweltschützern im Zusammenhang mit einem möglichen Bergbau in Giesen ein – er dürfte aber auch an die Region gedacht haben, als er erklärte: „Natur und Technik gegeneinander auszuspielen, ist nicht nur falsch, sondern auch unredlich.“

Flüchtlinge und Wirtschaft

Die Unternehmen der Region hätten eine Verantwortung, die Herausforderungen durch die hohe Zahl von Flüchtlingen anzunehmen und ihren Teil zur Lösung beizutragen. Das hat der scheidende Präsident der IHK, Dr. Hannes Rehm, beim Neujahrsempfang bekräftigt. Er verwies auf Praktikumsplätze, die Betriebe für Flüchtlinge bereit hielten. Bei erfolgreichem Verlauf könnten Betriebe angesichts des Fachkräftemangels profitieren. Doch Rehm betonte auch die Verpflichtung der Asylbewerber, ihren Teil zur Integration beizutragen. „Es ist eine symmetrische Aufgabe.“ Der Gastredner des Neujahrsempfanges, „Kali und Salz“-Vorstandsvorsitzender Norbert Steiner, plädierte

für eine differenzierte Betrachtung der Flüchtlingssituation. Aus ethischen Gründen sei es richtig, vor Krieg und Verfolgung geflohene Menschen aufzunehmen. Auch sein Unternehmen engagiere sich in der Flüchtlingshilfe. Steiner kritisierte aber den nach wie vor „beinahe unkontrollierten Zustrom.“ Man müsse über die Folgen für Deutschland reden: „Es ist für unsere Volkswirtschaft nicht ohne Belang, wer kommt.“ Die mitunter geäußerte Einschätzung, die Flüchtlinge könnten den Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt lösen, teilte der „K+S“-Chef nicht. Der derzeitige hunderttausendfache Zuzug ersetze keine qualifizierte Zuwanderung.